

Beteiligungsverfahren „Grundordnung des Kirchlichen Dienstes“ und „Bischöfliche Erläuterungen zum kirchlichen Dienst“

Stellungnahmen sind schriftlich bis spätestens zum **21. August 2022** an die Geschäftsstelle des Verbandes der Diözesen zu richten, i.stommel@dbk.de.

Stellungnahme von: **Arbeitsgemeinschaft
caritativer Unternehmen**

Anmerkungen zum Normtext-Entwurf
„Grundordnung des kirchlichen Dienstes“

I. Allgemeine Anmerkungen

Die Vertreterinnen und Vertreter der AcU bedanken sich ausdrücklich bei allen Personen, die an dieser Reform der Grundordnung mitgewirkt haben. Eine Reform der Grundordnung war dringend geboten. Jetzt liegt eine positiv und realitätsnah formulierte echte Novelle der Grundordnung vor. Die neue Grundordnung verfolgt allerdings viele unterschiedliche Ziele. In der Praxis kann dies zu Zielkonflikten führen.

II. Anmerkungen zu konkreten Normen

Grundordnung des kirchlichen Dienstes – Entwurf – i.d.F. vom 6. Mai 2022	Anmerkungen (bitte möglichst konkrete Formulierungs-/ Änderungsvorschläge)
Grundordnung des kirchlichen Dienstes in der Fassung des Beschlusses der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands vom ... Die katholischen (Erz-)Bischöfe in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, jeweils für ihren Bereich, - in Verantwortung für den Auftrag der Kirche, der Berufung aller Menschen zur Gemeinschaft mit Gott und untereinander zu dienen, - in Wahrnehmung der der Kirche durch das Grundgesetz garantierten Freiheit, ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes zu ordnen,	

<ul style="list-style-type: none"> - zur Sicherung der Glaubwürdigkeit der Einrichtungen, die die Kirche unterhält und anerkennt, um ihren Auftrag in der Gesellschaft wirksam wahrnehmen zu können, - in Erfüllung ihrer Pflicht und Verantwortung gegenüber der gesamten Dienstgemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der Grundnormen, welche die Katholische Soziallehre herausgearbeitet hat, <p>die folgende Grundordnung des kirchlichen Dienstes:</p>	
<p>Artikel 1 Geltungsbereich</p> <p>(1) Diese Grundordnung enthält die spezifischen Grundlagen des kirchlichen Dienstes und regelt Anforderungen und Erwartungen an die Dienstgeber und Mitarbeitenden in den Einrichtungen der katholischen Kirche.</p>	
<p>(2) ¹Kirchliche Einrichtungen im Sinne dieser Ordnung sind alle Organisationen in öffentlich-rechtlicher oder privater Rechtsform, die als Wesens- und Lebensäußerung der katholischen Kirche einen Auftrag im Einklang mit dem Selbstverständnis der verfassten Kirche wahrnehmen und mit ihren Amtsträgern in besonderer Weise verbunden sind. ²Für vorwiegend gewinnorientierte kirchliche Einrichtungen findet diese Grundordnung keine Anwendung.</p>	
<p>(3) Mitarbeitende im Sinne dieser Ordnung sind insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Kleriker, b) Ordensangehörige, c) Personen, die aufgrund eines Arbeits- oder eines kirchlichen Beamtenverhältnisses tätig sind, 	<p>Art. 1 Abs. 3 f) <i>Änderungsvorschlag:</i> Regelung ersatzlos streichen. <i>Begründung:</i> Die Grundordnung gilt nicht für ehrenamtlich Tätige. Sie sind nicht gleichgestellt mit hauptamtlichen Mitarbeitenden und auch nicht in den Kommissionen vertreten. Eine Aufnahme von Ehrenamtlichen in die</p>

<p>d) Führungskräfte in kirchlichen Einrichtungen, die aufgrund eines Organisationsverhältnisses tätig sind,</p> <p>e) zu ihrer Berufsausbildung tätige Personen</p> <p>f) ehrenamtlich Tätige.</p>	<p>Grundordnung greift auf unzulässige Art und Weise in deren Rechte ein.</p>
<p>(4) Dienstgeber im Sinne dieser Ordnung ist der jeweilige Rechtsträger der Einrichtung.</p>	
<p>(5) Diese Grundordnung gilt für</p> <p>a) die (Erz-)Diözesen,</p> <p>b) die Kirchengemeinden und Kirchenstiftungen,</p> <p>c) die Verbände von Kirchengemeinden,</p> <p>d) die Diözesancaritasverbände und deren Gliederungen, soweit sie öffentliche juristische Personen des kanonischen Rechts sind,</p> <p>e) die sonstigen dem Diözesanbischof unterstellten öffentlichen juristischen Personen des kanonischen Rechts,</p> <p>f) die sonstigen kirchlichen Rechtsträger, unbeschadet ihrer Rechtsform, die der bischöflichen Gesetzgebungsgewalt unterliegen</p> <p>und deren rechtlich unselbstständige Einrichtungen.</p>	
<p>(6) ¹Kirchliche Rechtsträger, die nicht der bischöflichen Gesetzgebungsgewalt unterliegen, sind verpflichtet, diese Grundordnung in ihr Statut verbindlich zu übernehmen; sofern ein kirchlicher Rechtsträger in der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts über kein Statut verfügt, ist eine notarielle Erklärung der Grundordnungsübernahme und anschließende</p>	

<p>Veröffentlichung dieser Erklärung ausreichend. ²Wenn sie dieser Verpflichtung nicht nachkommen, haben sie im Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Beziehungen nicht am Selbstbestimmungsrecht der Kirche gemäß Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 3 WRV teil.</p>	
<p>Artikel 2 Eigenart und Grundprinzipien des kirchlichen Dienstes</p> <p>(1) ¹Der Dienst in der Kirche ist ausgerichtet an der Botschaft Jesu Christi. ²Alle kirchlichen Einrichtungen sind sichtbare und erlebbare Orte der Kirche und dem Auftrag Christi verpflichtet. ³Sie sind Ausdruck der christlichen Hoffnung auf die zeichenhafte Verwirklichung des Reiches Gottes in der Welt (Sendungsauftrag).</p>	
<p>(2) Alle in den Einrichtungen der Kirche Tätigen, gleich ob sie haupt- oder ehrenamtlich, ob sie leitend oder ausführend beschäftigt sind und unbeschadet des Umstandes, ob es sich um Christen, andersgläubige oder religiös ungebundene Mitarbeitende handelt, arbeiten gemeinsam daran, dass die Einrichtung ihren Teil am Sendungsauftrag der Kirche erfüllen kann (Dienstgemeinschaft).</p>	
<p>(3) Der Sendungsauftrag verbindet Dienstgeber und Mitarbeiterschaft und verpflichtet sie zur vertrauensvollen Zusammenarbeit.</p>	
<p>(4) ¹Die Kirche sieht sich in ihrem Wirken dem christlichen Auftrag verpflichtet, alle Menschen zu den Grundvollzügen der Kirche einzuladen. ²Dazu zählen die Verkündigung und Verbreitung des Evangeliums (<i>kerygma-martyria</i>), die gemeinsamen gottesdienstlichen Feiern (<i>leiturgia</i>), der Dienst am Mitmenschen (<i>diakonia</i>) sowie die gelebte</p>	<p>Art. 2 Abs. 4 <i>Anmerkung:</i> Die Formulierung ist gut gewählt. Die Kirche braucht die Caritas. Die Caritas ist Teil der Verkündigung. Kirche und Caritas sind gleichberechtigt und gleich verpflichtet.</p>

<p>Gemeinschaft (<i>koinonia</i>). ³Diese Aufgaben bedingen sich gegenseitig, sind untrennbar miteinander verbunden und haben denselben Stellenwert.</p>	
<p>Artikel 3 Ausprägungen katholischer Identität und Verantwortung für den Erhalt und die Stärkung des christlichen Profils</p> <p>(1) ¹Katholische Einrichtungen sind geprägt durch das christliche Gottes- und Menschenbild. ²Das Gebot der Nächstenliebe gehört gemeinsam mit der Gottesliebe zum Kern des christlichen Glaubens. ³Das Leben ist ein Geschenk aus der Hand Gottes, das zu schützen und zu achten ist. ⁴Auf dieser Grundlage arbeiten kirchliche Einrichtungen mit allen Menschen guten Willens zusammen, auch mit jenen, die nicht Katholiken oder Christen sind.</p>	
<p>(2) ¹Vielfalt in kirchlichen Einrichtungen ist eine Bereicherung. ²Alle Mitarbeitenden können unabhängig von ihren konkreten Aufgaben, ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrem Alter, ihrer Behinderung, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Lebensform Repräsentantinnen und Repräsentanten der unbedingten Liebe Gottes und damit einer den Menschen dienenden Kirche sein, solange sie eine positive Grundhaltung und Offenheit gegenüber der Botschaft des Evangeliums mitbringen, den christlichen Charakter der Einrichtung achten und dazu beitragen, ihn im eigenen Aufgabenfeld zur Geltung zu bringen.</p>	<p>Art. 3 Abs. 2 <i>Anmerkung:</i> Die Angleichung der Formulierung an das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist gut.</p>
<p>(3) ¹Die Verantwortung für den Schutz und die Stärkung des kirchlichen Charakters der Einrichtung kommt zuallererst dem Dienstgeber zu. ²Er hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Mitarbeitenden ihren</p>	

<p>besonderen Auftrag glaubwürdig erfüllen können. ³Er ist insbesondere dafür verantwortlich, dass geeignete Mitarbeitende gewonnen werden, die bereit und in der Lage sind, den kirchlichen Charakter der Einrichtung zu erhalten und zu fördern.</p>	
<p>(4) ¹Die Arbeit an der christlichen Identität der Einrichtung ist eine Pflicht und eine Gemeinschaftsaufgabe aller und ein permanenter, dynamischer Prozess. ²Der Dienstgeber ist in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden verpflichtet, das christliche Profil der Einrichtung fortwährend weiterzuentwickeln und zu schärfen. ³Unerlässlich ist, dass das Profil nicht nur in Leitbildern und Konzepten verankert ist, sondern auch als christliche Kultur in den Einrichtungen von Leitung und Mitarbeiterschaft mitgestaltet, von allen mit Leben gefüllt und für die Menschen, die kirchliche Angebote wahrnehmen, erfahrbar wird.</p>	<p>Art. 3 Abs. 4 <i>Anmerkung:</i> Diese Regelung wird ausdrücklich befürwortet. Bei vielen ordensgeführten Einrichtungen und Trägern bzw. ehemals ordensgeführten Trägern ist diese Regelung schon seit vielen Jahren gute und gelebte Praxis.</p>
<p>Artikel 4 Handlungsaufträge und Ziele für die Dienstgeber</p> <p>¹Zu den wechselseitigen Pflichten von Dienstgeber und Mitarbeitenden gehört die Verwirklichung des Sendungsauftrags und die gemeinsame Sorge für alle in der Kirche Tätigen. ²Dabei sind auch folgende Handlungsaufträge und Ziele zu beachten, für deren Umsetzung im Rahmen der vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen in erster Linie der Dienstgeber verantwortlich ist:</p>	
<p>a) ¹Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern im kirchlichen Dienst ist ein zentrales Anliegen, das bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen ist. ²Bestehende Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts sind</p>	<p>Art. 4 a) Satz 1 <i>Änderungsvorschlag:</i> Unabhängig von der sexuellen Orientierung der Mitarbeitenden ist es ein zentrales Anliegen im kirchlichen Dienst, alle Menschen gleichberechtigt zu behandeln und zu fördern.</p>

<p>zu beseitigen, künftige Benachteiligungen zu verhindern. ³Der Dienstgeber ist dafür verantwortlich, dass die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Frauen und Männer gewährleistet ist.</p>	<p><i>Begründung:</i> Falls bei der Novelle der Grundordnung beabsichtigt war, die Diversität zu fördern (siehe Art. 3 Abs. 2), sollte hier eine entsprechende Anpassung bei der genauen Formulierung erfolgen.</p> <p>Art. 4 a) Satz 3 <i>Änderungsvorschlag:</i> Der Dienstgeber <i>setzt sich dafür ein</i>, die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für <i>die Mitarbeitenden zu fördern</i>.</p> <p><i>Begründung:</i> Falls bei der Novelle der Grundordnung beabsichtigt war, die Diversität zu fördern (siehe Art. 3 Abs. 2), sollte hier eine entsprechende Anpassung bei der genauen Formulierung erfolgen. Die Dienstgeber können einen Anspruch nicht gewährleisten. Die Grundordnung muss glaubwürdig gelebt werden können.</p>
<p>b) ¹Die kirchlichen Dienstgeber setzen sich in besonderer Weise für den Schutz der Würde und Integrität aller Personen in ihren Einrichtungen, insbesondere von Minderjährigen und schutz- oder hilfebedürftigen Erwachsenen, ein. ²Die Prävention gegen sexualisierte Gewalt ist integraler Bestandteil der kirchlichen Arbeit.</p>	
<p>c) ¹Führung in der Kirche muss die fachlichen Qualifikationen und Charismen der Mitarbeitenden im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit zur Entfaltung bringen. ²Der Dienstgeber entwickelt Konzepte guter Mitarbeiterführung unter besonderer Berücksichtigung des christlichen Menschenbildes. ³Führungskräfte in kirchlichen Einrichtungen sind einem kooperativen, wertschätzenden Führungsstil verpflichtet. ⁴Eine transparente Kommunikation über Hierarchie- und Berufsgrenzen hinweg ist Grundbedingung einer</p>	<p>Art. 4 c) Satz 1 <i>Änderungsvorschlag:</i> Führung in der Kirche <i>fördert</i> die fachlichen Qualifikationen, <i>Fähigkeiten und Kompetenzen</i> der Mitarbeitenden im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit.</p> <p><i>Begründung:</i> Positive und verständlichere Formulierung.</p> <p>Art. 4 c) Satz 3 <i>Änderungsvorschlag:</i> Regelung ersatzlos streichen.</p> <p><i>Begründung:</i> Der Führungsstil darf in der Grundordnung nicht vorgeschrieben werden. Es gibt immer wieder Situationen und Tätigkeiten – beispielsweise im Krankenhaus bei Operationen oder im Rettungsdiensteinsatz – bei</p>

<p>vertrauensvollen und wertschätzenden Zusammenarbeit.</p>	<p>denen ein kooperativer Führungsstil nicht umgesetzt werden kann.</p>
<p>d) ¹Der Dienstgeber nimmt seine Verantwortung für die physische, psychische und seelische Gesundheit aller in der Einrichtung Beschäftigten während des Dienstes ernst. ²Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz werden als wichtige Leitungsaufgabe verstanden.</p>	
<p>e) ¹Die wirtschaftliche Betätigung kirchlicher Einrichtungen hat stets der Verwirklichung des kirchlichen Sendungsauftrages zu dienen. ²Die Standards einer an den kirchlichen Zwecken und christlichen Werten ausgerichteten Unternehmensführung sind einzuhalten. ³Diese sind insbesondere durch die Beachtung der Grundsätze einer guten Finanzwirtschaft, eine wirksame und qualifizierte Aufsicht, Transparenz und den Aufbau von funktionsfähigen Kontroll- und Überwachungssystemen gekennzeichnet. ⁴Kirchliche Einrichtungen übernehmen Verantwortung für ethisch-nachhaltiges Investieren kirchlichen Vermögens. ⁵Der Dienstgeber verpflichtet sich, die eigene Organisation wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig aufzustellen; dies gilt insbesondere für den Umgang mit Arbeitsplätzen.</p>	<p>Art. 4 e) Satz 4 <i>Änderungsvorschlag:</i> Regelung ersatzlos streichen. <i>Begründung:</i> Es wird nicht deutlich, was unter einem ethisch-nachhaltigen Investieren genau verstanden wird. Bei dieser Regelung ist die Refinanzierung nicht gewährleistet. Kredite – beispielsweise in der Altenhilfe – sind an Kriterien gebunden, die erfüllt werden müssen.</p> <p>Art. 4 e) Satz 5 <i>Änderungsvorschlag:</i> Der Dienstgeber <i>setzt sich dafür ein</i>, die eigene Organisation wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig aufzustellen. Dritten Halbsatz ersatzlos streichen. <i>Begründung:</i> Die Dienstgeber können einen Anspruch nicht gewährleisten. Die Grundordnung muss glaubwürdig gelebt werden können. Der Erhalt von Arbeitsplätzen ist kein Ziel an sich. Bei der Grundordnung sollte es auf die christlichen Ziele ankommen.</p>
<p>f) Der Dienstgeber sorgt dafür, dass alle Positionen, die dem christlichen Menschenbild widersprechen, keinen Platz in kirchlichen Einrichtungen haben.</p>	
<p>Art. 5 Fort- und Weiterbildung</p> <p>(1) ¹Alle Mitarbeitenden haben Anspruch auf berufliche Fort- und Weiterbildung. ²Diese umfasst die fachlichen Erfordernisse, ebenso wie die ethischen und religiösen Aspekte des Dienstes und</p>	

<p>Hilfestellungen zur Bewältigung der spezifischen Belastungen der einzelnen Tätigkeiten.</p>	
<p>(2) ¹Alle Mitglieder der Dienstgemeinschaft sollen an geeigneten Fort- und Weiterbildungen teilnehmen, um sie mit der katholischen Identität ihrer Einrichtung vertraut zu machen und ihnen Impulse für deren Weiterentwicklung und Vertiefung zu geben. ²Die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen bieten Gelegenheit, sich mit den Grundsätzen und Werten der katholischen Kirche auseinanderzusetzen und sie ihrem dienstlichen Handeln zugrunde zu legen. ³Sie stellen auch ein Angebot dar, sich mit den Sinn- und Glaubensfragen des Lebens zu beschäftigen. ⁴Die (Erz-)Diözesen unterstützen die Träger in der gemeinsamen Sorge, den Mitarbeitenden im kirchlichen Dienst durch geeignete spirituelle Angebote die individuelle Glaubensbildung und -vertiefung zu ermöglichen.</p>	
<p>(3) ¹Die Kosten für Fort- und Weiterbildung trägt in der Regel der Dienstgeber. ²Das Nähere regeln die einschlägigen Ordnungen.</p>	
<p>Art. 6 Anforderungen bei der Begründung des Dienstverhältnisses</p> <p>(1) ¹Der Dienstgeber muss bei der Einstellung darauf achten, dass Bewerberinnen und Bewerber fachlich und persönlich geeignet sind, um die vorgesehenen Aufgaben zu erfüllen. ²In den Auswahlgesprächen sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den christlichen Zielen und Werten der Einrichtung vertraut zu machen, damit sie ihr Handeln mit Rücksicht auf das katholische Profil ausrichten und den übertragenen Aufgaben gerecht werden können.³Mit der</p>	

<p>Vertragsunterzeichnung bringen die Bewerberinnen und Bewerber zum Ausdruck, dass sie die Ziele und Werte der kirchlichen Einrichtung ausdrücklich anerkennen.</p>	
<p>(2) Von allen Mitarbeitenden wird die Identifikation mit den Zielen und Werten der katholischen Kirche erwartet.</p>	
<p>(3) Pastorale und katechetische Tätigkeiten können nur Personen übertragen werden, die der katholischen Kirche angehören.</p>	
<p>(4) ¹Personen, die das katholische Profil der Einrichtung inhaltlich prägen, mitverantworten und nach außen repräsentieren, kommt eine besondere Verantwortung für die katholische Identität der Einrichtung zu. ²Sie sollen daher katholisch sein.</p>	
<p>(5) ¹Wer sich kirchenfeindlich betätigt oder aus der katholischen Kirche ausgetreten ist, wird nicht angestellt. ²Artikel 7 Abs. 3 und Abs. 4 gelten entsprechend.</p>	<p>Art. 6 Abs. 5 Satz 1 und Satz 2 <i>Änderungsvorschlag:</i> Wer sich kirchenfeindlich betätigt, wird nicht angestellt. Artikel 7 Abs. 3 gilt entsprechend. <i>Änderungsvorschlag: (Nur für den Fall, dass der Kirchenaustritt in der Grundordnung explizit benannt werden soll.)</i> Wer sich kirchenfeindlich betätigt, wird nicht angestellt. Wer aus der katholischen Kirche ausgetreten ist, wird <i>in der Regel</i> nicht angestellt. Artikel 7 Abs. 3 und Abs. 4 gelten entsprechend. <i>Begründung:</i> Der Kirchenaustritt sollte im caritativen Bereich nicht benannt werden. Zumindest sollte eine Entscheidung im Einzelfall möglich sein. Die Grundordnung sollte glaubwürdig gelebt werden können. Menschen, die in keine Kirche eintreten, werden anders behandelt als Menschen, die aus der Kirche austreten. Diese Ungleichbehandlung wird von der Öffentlichkeit nicht verstanden. Es ist auch zu erwarten, dass die Regelung Gegenstand künftiger Arbeitsgerichtsprozesse werden wird. Voraussichtlich muss die Regelung dann aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen aufgehoben werden. Dafür</p>

	<p>spricht auch, dass es sich hier um eine deutsche Sonderregelung handelt.</p>
<p>Art. 7 Anforderungen im laufenden Dienstverhältnis</p> <p>(1) Dienstgeber und Mitarbeitende übernehmen gemeinsam Verantwortung für die glaubwürdige Erfüllung des Sendungsauftrags in der Einrichtung.</p>	
<p>(2) ¹Die Anforderungen erstrecken sich in erster Linie auf das Verhalten im Dienst. ²Außerdienstliches Verhalten ist rechtlich nur bedeutsam, wenn es öffentlich wahrnehmbar ist, grundlegende Werte der katholischen Kirche verletzt und dadurch deren Glaubwürdigkeit beeinträchtigt wird. ³Der Kernbereich privater Lebensgestaltung, insbesondere Beziehungsleben und Intimsphäre, bleibt rechtlichen Bewertungen entzogen. ⁴Besondere kirchliche Anforderungen an Kleriker und Ordensangehörige bleiben hiervon unberührt.</p>	
<p>(3) ¹Kirchenfeindliches Verhalten, das nach den konkreten Umständen objektiv geeignet ist, die Glaubwürdigkeit der Kirche zu beeinträchtigen, kann rechtlich geahndet werden. ²Kirchenfeindliches Verhalten erfasst Handlungen, die öffentlich wahrnehmbar sind und sich gegen die Kirche oder deren Werteordnung richten. ³Hierzu zählen insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - das öffentliche Eintreten gegen tragende Grundsätze der katholischen Kirche (z.B. die Propagierung der Abtreibung oder von Fremdenhass), - das Verunglimpfen von katholischen Glaubensinhalten, Riten oder Gebräuchen, - die Propagierung von religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen, 	

<p>die im Widerspruch zu katholischen Glaubensinhalten stehen, während der Arbeitszeit oder im dienstlichen Zusammenhang, insbesondere die Werbung für andere Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften.</p>	
<p>(4) ¹Bei katholischen Mitarbeitenden führt der Austritt aus der katholischen Kirche in der Regel zu einer Beendigung des der Beschäftigung zugrundeliegenden Rechtsverhältnisses. ²Von einer Beendigung kann in diesen Fällen ausnahmsweise abgesehen werden, wenn schwerwiegende Gründe des Einzelfalles diese als unangemessen erscheinen lassen.</p>	<p>Art. 7 Abs. 4 <i>Änderungsvorschlag:</i> Regelung ersatzlos streichen. Art. 7 Abs. 4 Satz 2 <i>Änderungsvorschlag: (Nur für den Fall, dass der Kirchenaustritt in der Grundordnung explizit benannt werden soll.)</i> Von einer Beendigung kann in diesen Fällen abgesehen werden, wenn Gründe des Einzelfalles diese als unangemessen erscheinen lassen. <i>Begründung:</i> Siehe oben: Art. 6 Abs. 5</p>
<p>(5) ¹Erfüllt ein Mitarbeitender die Anforderungen nicht mehr, so muss der Dienstgeber zunächst durch Beratung und Aufklärung darauf hinwirken, dass der Mitarbeitende den Anforderungen wieder genügt. ²Im konkreten Fall ist zu prüfen, ob schon ein solches klärendes Gespräch, eine Abmahnung oder eine andere Maßnahme (z. B. Versetzung, Änderungskündigung) geeignet sind, dem Verstoß gegen die Anforderungen zu begegnen. ³Wenn alle mildereren, weniger belastenden Mittel ausgeschöpft sind, kommt als äußerste, allerletzte Maßnahme („ultima ratio“) eine Beendigung des der Beschäftigung zugrundeliegenden Rechtsverhältnisses in Betracht.</p>	
<p>Artikel 8 Beteiligung der Mitarbeitenden an der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen</p> <p>(1) ¹Die zivilrechtlichen Arbeitsbedingungen im kirchlichen Dienst werden durch paritätisch von Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeitenden und der</p>	<p>Art. 8 Überschrift <i>Änderungsvorschlag:</i> Beteiligung an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen <i>Begründung:</i> An der Gestaltung der Arbeitsbedingungen sind nicht nur die Mitarbeitenden beteiligt, sondern auch die Vertreterinnen und Vertreter der Dienstgeber.</p>

<p>Dienstgeber besetzte Arbeitsrechtliche Kommissionen ausgehandelt und beschlossen (Dritter Weg).</p>	
<p>(2) ¹Die Zusammenarbeit in den Arbeitsrechtlichen Kommissionen ist durch das Konsensprinzip geprägt; Beschlüsse bedürfen einer qualifizierten Mehrheit. ²Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitarbeitenden in den Arbeitsrechtlichen Kommissionen sind durch unmittelbare oder mittelbare demokratische Wahl legitimiert.</p>	
<p>(3) ¹Interessengegensätze zwischen Dienstgebern und Mitarbeiterschaft bei der Festlegung kirchlicher Arbeitsvertragsbedingungen sollen durch Verhandlung und wechselseitiges Nachgeben gelöst werden. ²Streik und Aussperrung widersprechen diesem Grunderfordernis und scheiden daher aus. ³Kirchliche Dienstgeber schließen keine Tarifverträge mit tariffähigen Arbeitnehmerkoalitionen (Gewerkschaften) ab. ⁴Kommt ein Beschluss in der Arbeitsrechtlichen Kommission nicht zustande, können beide Seiten der Kommission ein verbindliches Vermittlungsverfahren unter neutralem Vorsitz einleiten.</p>	
<p>(4) ¹Um Rechtswirksamkeit zu erlangen, bedürfen die Beschlüsse der Arbeitsrechtlichen Kommissionen der bischöflichen Inkraftsetzung für die jeweilige (Erz-)Diözese. ²Für die kirchlichen Dienstgeber gelten die durch die Arbeitsrechtlichen Kommissionen beschlossenen und vom Diözesanbischof in Kraft gesetzten Beschlüsse unmittelbar und zwingend. ³Der Dienstgeber hat sicherzustellen, dass diese Beschlüsse arbeitsvertraglich ordnungsgemäß in Bezug genommen werden. ⁴Die Mitarbeitenden haben Anspruch auf eine Vergütung nach den</p>	

<p>jeweils geltenden einschlägigen kirchlichen Arbeitsvertragsordnungen.</p>	
<p>(5) ¹Für Streitigkeiten über die Auslegung und ordnungsgemäße Einbeziehung der jeweils geltenden Arbeitsvertragsordnungen sind kirchliche Schlichtungsstellen zuständig. ²Dies schließt die Anrufung staatlicher Gerichte bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Individualarbeitsverhältnis nicht aus.</p>	
<p>(6) Die nähere Ausgestaltung des kirchlichen Arbeitsrechtsregelungsverfahrens erfolgt in den jeweiligen Ordnungen der Arbeitsrechtlichen Kommissionen.</p>	
<p>Artikel 9 Koalitionsfreiheit</p> <p>(1) Die Mitarbeitenden des kirchlichen Dienstes können sich in Ausübung ihrer Koalitionsfreiheit als kirchliche Arbeitnehmer zur Beeinflussung der Gestaltung ihrer Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen in Koalitionen zusammenschließen, diesen beitreten und sich in ihnen betätigen.</p>	<p>Art. 9 Abs. 1 <i>Änderungsvorschlag:</i> Die <i>Beteiligten des Dritten Weges</i> können sich in Ausübung ihrer Koalitionsfreiheit zur Beeinflussung der Gestaltung ihrer Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen in Koalitionen zusammenschließen, diesen beitreten und sich in ihnen betätigen. <i>Begründung:</i> Die verfassungsmäßig garantierte Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz) ist nicht auf die Mitarbeitenden beschränkt. Auch Dienstgeber haben das Recht, sich in Koalitionen zusammenzuschließen.</p>
<p>(2) Die Koalitionen sind berechtigt, im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grenzen innerhalb der kirchlichen Einrichtung für den Beitritt zu diesen Koalitionen zu werben, über deren Aufgabe zu informieren sowie Koalitionsmitglieder zu betreuen.</p>	
<p>(3) Die organisatorische Einbindung von Gewerkschaften in die Arbeitsrechtlichen Kommissionen des Dritten Weges ist gewährleistet.</p>	<p>Nach Art. 9 Abs. 3 einen weiteren Absatz einfügen. <i>Ergänzungsvorschlag:</i> Die organisatorische Einbindung von Dienstgeberkoalitionen in die Arbeitsrechtlichen Kommissionen des Dritten Weges ist gewährleistet. <i>Begründung:</i> Die verfassungsmäßig garantierte Koalitionsfreiheit gilt auch für Dienstgeber im Dritten Weg. Dienstgeberkoalitionen</p>

	müssen organisatorisch in die Arbeitsrechtlichen Kommissionen des Dritten Weges eingebunden werden.
(4) Die Koalitionsfreiheit entbindet die Vertreter der Koalition nicht von der Pflicht, das verfassungsmäßige Selbstbestimmungsrecht der Kirche zur Gestaltung der sozialen Ordnung ihres Dienstes zu achten und die Eigenart des kirchlichen Dienstes zu respektieren.	
(5) Das Nähere regeln die jeweiligen Ordnungen der Arbeitsrechtlichen Kommissionen.	
<p>Artikel 10 Mitarbeitervertretungsrecht als kirchliche Betriebsverfassung</p> <p>(1) ¹Zur Sicherung ihrer Selbstbestimmung in der Arbeitsorganisation kirchlicher Einrichtungen wählen die Mitarbeitenden nach Maßgabe kirchengesetzlicher Regelung Mitarbeitervertretungen, die an Entscheidungen des Dienstgebers beteiligt werden. ²Die Gremien der Mitarbeitervertretungsordnung sind an diese Grundordnung gebunden.</p>	
(2) Der Dienst in der Kirche verpflichtet Dienstgeber und Mitarbeitervertretung in besonderer Weise, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten und sich bei der Erfüllung der Aufgaben gegenseitig zu unterstützen.	
(3) Dienstvereinbarungen, die nach Maßgabe der jeweils geltenden Mitarbeitervertretungsordnung vereinbart werden, gelten unmittelbar und zwingend.	
(4) ¹ Bei jeder die Mindestgröße erfüllenden Einrichtung ist der Dienstgeber verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass eine Mitarbeitervertretung gebildet wird. ² Zur Förderung und Unterstützung ihrer Arbeit werden auf der Ebene der (Erz-)Diözesen	

<p>und des Verbandes der Diözesen Deutschlands (Deutsche Bischofskonferenz) Arbeitsgemeinschaften der Mitarbeitervertretungen gebildet. ³Die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendigen Kosten tragen die jeweiligen (Erz-) Diözesen bzw. der Verband der Diözesen Deutschlands.</p>	
<p>(5) Das Nähere regelt die jeweils geltende Mitarbeitervertretungsordnung (MAVO).</p>	
<p>Artikel 11 Gerichtlicher Rechtsschutz</p> <p>(1) Soweit die Arbeitsverhältnisse kirchlicher Mitarbeitender dem staatlichen Arbeitsrecht unterliegen, sind die staatlichen Arbeitsgerichte für den gerichtlichen Rechtsschutz zuständig.</p>	
<p>(2) Für Rechtsstreitigkeiten auf den Gebieten der kirchlichen Ordnungen für ein Arbeitsvertrags- und des Mitarbeitervertretungsrechts werden für den gerichtlichen Rechtsschutz unabhängige kirchliche Gerichte gebildet.</p>	
<p>(3) ¹Die Richter und Richterinnen sind von Weisungen unabhängig und nur an Gesetz und Recht gebunden. ²Zum Richter bzw. zur Richterin kann berufen werden, wer katholisch ist und in der Ausübung der allen Kirchenmitgliedern zustehenden Rechte nicht behindert ist sowie die Gewähr dafür bietet, jederzeit für das kirchliche Gemeinwohl einzutreten.</p>	
<p>(4) Die Verhandlungen vor den kirchlichen Arbeitsgerichten einschließlich der Beweisaufnahme und Verkündung der Urteile sind öffentlich.</p>	
<p>(5) Näheres regelt die Kirchliche Arbeitsgerichtsordnung (KAGO).</p>	

Anmerkungen zum Begleittext-Entwurf
„Bischöfliche Erläuterungen zum kirchlichen Dienst“

I. Allgemeine Anmerkungen

In den Anmerkungen zu dem vorliegenden Text der Grundordnung sind alle Änderungsvorschläge der AcU aufgeführt. Die Erläuterungen sollten entsprechend angepasst werden. Darüber hinaus gibt es keine weiteren Anmerkungen oder Änderungsvorschläge zu den „Bischöflichen Erläuterungen zum kirchlichen Dienst“ seitens der AcU.

II. Anmerkungen zu konkreten Passagen

Bitte tragen Sie die Anmerkungen zum Begleittext in der jeweiligen Zelle unter Verweis auf die Seite und Zeilennummer ein. Bitte vermerken Sie möglichst konkrete Formulierungs-/ Änderungsvorschläge.

Bezug	Anmerkung (konkreter Formulierungs-/ Änderungsvorschlag; unbedingt <u>Seite und Zeile</u> angeben)
I. Präambel Seite 1 Zeile 5 bis Zeile 34	
II. Geltungsbereich (Art. 1) Seite 1 Zeile 36 bis Seite 2 Zeile 43	
III. Eigenart des kirchlichen Dienstes (Art. 2) Seite 3 Zeile 1 bis Seite 4 Zeile 25	
IV. Ausprägungen katholischer Identität und Verantwortung für den Erhalt und die Stärkung des kirchlichen Profils (Art. 3) Seite 4 Zeile 27 bis Seite 8 Zeile 8	
V. Handlungsaufträge und Ziele des kirchlichen Dienstgebers (Art. 4) Seite 8 Zeile 10 bis Seite 12 Zeile 12	
VI. Fort- und Weiterbildung (Art. 5) Seite 12 Zeile 14 bis Seite 13 Zeile 21	
VII. Anforderungen bei der Begründung des Dienstverhältnisses (Art. 6) Seite 13 Zeile 23 bis Seite 16 Zeile 11	

VIII. Anforderungen im laufenden Dienstverhältnis (Art. 7) Seite 16 Zeile 13 bis Seite 19 Zeile 19	
IX. Gestaltung kirchlicher Arbeitsvertragsbedingungen (Art. 8 und 9) Seite 19 Zeile 21 bis Seite 21 Zeile 13	
X. Mitarbeitervertretungsrecht als kirchliche Betriebsverfassung (Art. 10) Seite 21 Zeile 15 bis Seite 22 Zeile 44	
XI. Gerichtlicher Rechtsschutz (Art. 11) Seite 23 Zeile 1 bis Zeile 24	